

Stenographisches Protokoll

233. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich

Freitag, 24. September 1965

Tagesordnung

Neufassung des Artikels II des Finanzausgleichsgesetzes und Bestimmungen hinsichtlich einer Katastrophenhilfe 1965

Inhalt

Personalien

Entschuldigungen (S. 5739)

Bundesregierung

Zuschrift des Bundeskanzleramtes:

Gesetzesbeschluß des Nationalrates, betreffend 3. Novelle zum Bundesfinanzgesetz 1965 (S. 5739)

Verhandlungen

Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 21. September 1965: Neufassung des Artikels II des Finanzausgleichsgesetzes und Bestimmungen hinsichtlich einer Katastrophenhilfe 1965

Berichterstatter: Brandl (S. 5739)

Redner: Luptowits (S. 5740), Salcher (S. 5743), Maria Hagleitner (S. 5745), Ing. Guglberger (S. 5747) und Ing. Wagner (S. 5748)

kein Einspruch (S. 5749)

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

Vorsitzender Eggendorfer: Hoher Bundesrat! Ich eröffne die 233. Sitzung des Bundesrates.

Die Protokolle der 231. Sitzung vom 20. und der 232. Sitzung vom 21. Juli 1965 sind aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gelten daher als genehmigt.

Entschuldigt haben sich die Bundesräte Bischof, Mantler, Ing. Harramach, Dr. Gasperschitz, Schreiner, Gugg, Dr. Fruhstorfer, Doktor Reichl, Maria Leibetseder, Gertrude Wondrack, Gratz und Marek.

Eingelangt ist ein Schreiben des Bundeskanzleramtes. Ich bitte die Frau Schriftführer, dieses zu verlesen.

Schriftführerin Rudolfine Muhr:

„An den Vorsitzenden des Bundesrates, zuhänden des Herrn Parlamentsdirektors in Wien.

Das Präsidium des Nationalrates hat dem Bundeskanzler mit Schreiben vom 21. September 1965, Zl. 882 d. B. — NR/1965, den beiliegenden Gesetzesbeschluß vom 21. September 1965: Bundesgesetz, mit dem das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1965, BGBl. Nr. 1, abgeändert wird (3. Novelle zum Bundesfinanzgesetz 1965), übermittelt.

Das Bundeskanzleramt beehrt sich, diesen Gesetzesbeschluß bekanntzugeben und mitzuteilen, daß es beabsichtigt, entsprechend dem letzten Satz des Art. 42 Abs. 5 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 vorzugehen.

22. September 1965

Für den Bundeskanzler:

i. V. Weiler“

Vorsitzender: Dient zur Kenntnis.

Eingelangt ist ferner jener Gesetzesbeschluß des Nationalrates, der Gegenstand der heutigen Tagesordnung ist. Ich habe diese Vorlage gemäß § 29 der Geschäftsordnung dem Obmann des zuständigen Ausschusses zur Vorberatung zugewiesen. Der Ausschuß hat diesen Gesetzesbeschluß des Nationalrates bereits vorberaten.

Gemäß § 30 der Geschäftsordnung beantrage ich, von der Vervielfältigung des Ausschußberichts sowie von der 24stündigen Verteilungsfrist für den Bericht Abstand zu nehmen. Wird hiegegen ein Einwand erhoben? — Dies ist nicht der Fall. Mein Vorschlag erscheint somit angenommen.

Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 21. September 1965: Bundesgesetz, mit dem Artikel II des Finanzausgleichsgesetzes 1959, BGBl. Nr. 97, neu gefaßt wird und Bestimmungen hinsichtlich einer Katastrophenhilfe 1965 getroffen werden

Vorsitzender: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum einzigen Punkt der Tagesordnung: Neufassung des Artikels II des Finanzausgleichsgesetzes 1959 und Bestimmungen hinsichtlich einer Katastrophenhilfe 1965.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Brandl. Ich bitte ihn, zum Gegenstand zu referieren.

Berichterstatter **Brandl:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Artikel II des Finanzausgleichsgesetzes 1959 sieht eine finanzielle Hilfe des Bundes bei der Behebung von

5740

Bundesrat — 233. Sitzung — 24. September 1965

Brandl

Katastrophenschäden im Vermögen physischer Personen in der Form vor, daß zur Verstärkung der Mittel der Bundesländer Bundeszuschüsse an diese gewährt werden. Der Umfang der Hochwasserkatastrophe 1965, durch welche einzelne Länder besonders hart getroffen wurden, rechtfertigt eine erhöhte Zuschußleistung des Bundes an die durch die Katastrophe besonders betroffenen Länder, während sonst der Bundeszuschuß im Einzelfall höchstens die Leistung des betroffenen Bundeslandes erreichen darf.

Außerdem wurden einige textliche Verbesserungen am Finanzausgleichsgesetz 1959 vorgenommen, die aus den Erfahrungen der Verwaltungspraxis der letzten Jahre stammen.

Der Nationalrat hat die Regierungsvorlage in seiner letzten Sitzung zustimmend verabschiedet, und der Finanzausschuß des Bundesrates hat mich in der heutigen Sitzung ermächtigt, dem Hohen Hause gleichfalls die Annahme des Gesetzesbeschlusses zu empfehlen.

Vorsitzender: Zum Wort hat sich Herr Bundesrat Luptowits gemeldet. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Luptowits (SPÖ): Hoher Bundesrat! Geschätzte Damen und Herren! Wir haben in Kärnten, in Osttirol und in anderen Gebieten unseres Vaterlandes in diesem Jahr eine Serie von Katastrophen erlitten, die uns beträchtliche Sorgen bereiten. Es hat dabei niemand gedacht, daß die Katastrophen des Frühjahrs sich noch steigern könnten, wie sie sich dann tatsächlich zu Beginn des Septembers dieses Jahres bei uns in Kärnten und Osttirol gesteigert haben. Ich werde einen kurzen Bericht geben, der in chronologischer und ursächlicher Weise die Gründe aufzeigt, damit Sie einen unmittelbaren Eindruck von dem bekommen, was ich selbst miterlebt habe.

Der Kärntner Landtag hat sich am 10. September dieses Jahres in einer Sondersitzung mit diesem Problem befaßt und alle Gesichtspunkte, die dort zur Sprache gekommen sind, der Bundesregierung mitgeteilt. Das, was wir heute zu beschließen haben werden, ist sicherlich ein Ausfluß dessen, was dort an Sorgen und Nöten zum Ausdruck gekommen ist.

Wie kam es eigentlich zu dieser Katastrophe, die in der Geschichte unseres Kärntner Landes kein Beispiel hat? Soweit wir überhaupt Aufzeichnungen haben, gibt es keine über eine Katastrophe derartigen Ausmaßes. Es wird wahrscheinlich in den letzten 250 Jahren eine derartige Katastrophe überhaupt nicht gegeben haben. Was war nun die Ursache, und wie hat sich diese Katastrophe im einzelnen abgespielt?

Am 1. September war, wie es bei uns in Kärnten manchmal so ist, ein Adriatief im Anzug, und es regnete in Strömen. Dazu kam, daß die Regengüsse bis in 3000 Meter Höhe als Regen fielen und nicht als Schnee, wie es sonst bei uns üblich ist. Diese zwei Komponenten, also ein Übermaß an Niederschlägen und die Tatsache, daß es bis in höchste Regionen regnete, überdies vom Frühjahr her der gesamte Boden bis auf den Fels zum Teil durchnäßt war, trugen dazu bei, daß es zur größten Katastrophe kam, die wir uns überhaupt jemals hätten vorstellen können. Am Donnerstag, dem 2. September, zeigte an der Villacher Draubrücke der Pegel 5 m. Am Abend desselben Tages waren es bereits 6,1 m. Und bei 3,8 m wird in Villach bereits Hochwasseralarm gegeben. Wenn man die Wasserhöhe von 6,1 m in die Durchflutungsmenge umrechnet, ergibt das 1600 Kubikmeter pro Sekunde. Im Jahr 1903 hatten wir auch eine Hochwasserkatastrophe, aber nicht in dem Ausmaß wie diesmal. Damals war es die Lieser, die uns auch immer wieder große Sorgen bereitet; aber damals gab es nur eine Durchflutungsmenge von 1400 Kubikmeter pro Sekunde. Sie können aus diesem Vergleich von nüchternen Zahlen ersehen, wie groß eigentlich die Katastrophe gewesen ist. Wer damals in diesem Gebiet diese Tage miterlebt und alles gesehen hat, der sah nichts als Wasser, braune Wogen, hie und da grüne Flecken und Häuser. Wir haben uns damals in dieser Situation wirklich gefragt, wie das weitergehen soll, falls die Regenfälle weiter andauern. Wir können wirklich von Glück reden, daß die Gail nicht gleichzeitig mit der Drau und anderen Flüssen gestiegen ist. Sonst wäre wahrscheinlich von den tiefergelegenen Häusern Villachs nicht viel übriggeblieben. Es war als Glücksfall zu bezeichnen, daß die Gail nicht im gleichen Maß gestiegen ist.

Die gefährdete Fläche betrug insgesamt 178 Quadratkilometer, tatsächlich überflutet waren 127 Quadratkilometer. Rund 45.000 Einwohner unseres Landes waren und sind von diesem Unglück betroffen.

Ich habe bereits gesagt, daß die Ursachen in dem geschilderten Ablauf des Adriatiefs und in all den anderen Komponenten gelegen waren. Hierzu kommt, daß das Gestein ungefähr innerhalb eines Rhythmus von 30 Jahren verwittert und dann, wenn es verwittert ist, natürlich bis auf den nächsten Felsen abrutscht. Das war der Fall beim Gradenbach und beim Zirknitzbach im Mölltal, wo die Katastrophe wahrscheinlich am größten war. Ich bin am Freitag, also am zweiten Tag der Katastrophe, in Napplach gewesen, wo

Luptowitz

auch der Teuchlbach ungewöhnlich gewütet hat und Hunderttausende von Kubikmetern Felsen und Schotter hinunterbefördert hat bis zur Bundesstraße und darüber hinaus. Wenn Sie sich das Bild vorstellen, daß Döllach im Mölltal bis zum ersten Stockwerk mit Schotter, Steinen und Sand völlig zugeschüttet war, dann sehen Sie ein Bild des Grauens, das man mit Worten nicht wiedergeben kann, denn das muß man einfach gesehen haben. So bot sich also die Situation in diesen Tagen dar.

Es war für uns alle sehr erfreulich, daß der Herr Bundeskanzler in dieser schwersten Zeit die Not erkannt und den Notruf unseres Landes gehört hat und zusammen mit unserem Landeshauptmann in diese gefährdeten Gebiete eingeflogen ist. Es bestand überhaupt keine Verbindung, weder eine Straßenverbindung noch eine Bahnverbindung. Es war alles unterbrochen, es blieb nur die Möglichkeit, mit dem Hubschrauber diese gefährdeten Gebiete und die Menschen zu besuchen und ihnen zumindest Mut zuzusprechen. So geschah es auch.

Der Herr Bundeskanzler hat zusammen mit dem Landeshauptmann Oberdrauburg und auch Döllach im Mölltal besucht, und sie konnten an Ort und Stelle feststellen, wie groß die Katastrophe gewesen war. Noch am gleichen Tag, am Nachmittag, fand in der Bezirkshauptmannschaft in Spittal eine Besprechung aller Einsatzleiter statt. Dort wurden die sofortigen Hilfsmaßnahmen beschlossen, um das größte Übel abzuwenden und vor allem natürlich Menschenleben zu sichern, um auf diese Art und Weise zumindest das, was nicht ersetzbar ist, irgendwie der Katastrophe fernzuhalten. Auch die Bundesminister Czettel und Dr. Schleinzer sind in das Gebiet gekommen, um sich persönlich davon zu überzeugen, und sie haben selbst persönlich den Einsatz in manchen Gebieten geleitet. Wir können sagen, daß sich in diesen schweren kritischen Tagen für unser Land alle verantwortlichen Kräfte voll und ganz eingesetzt haben, um das größte Übel zu verhindern.

Wie gesagt, das Drautal war von Osttirol bis Villach gefährdet. Am Samstag verlagerte sich das Hochwasser weiter nach Osten und führte dazu, daß die Draubridge bei Hollenburg eingestürzt ist und zwei Menschenopfer gefordert hat, die unter dem Einsatz ihres Lebens noch versucht hatten, diesen sehr wesentlichen und wichtigen Verkehrsweg, die Hollenburger Brücke, zu retten. Es war das der Vizebürgermeister von Ferlach und ein Feuerwehrmann, ebenfalls aus Ferlach, die versucht haben, zu retten, was zu retten ist.

Es hat sich herausgestellt, daß die Massivbrücken, die in den letzten Jahren gebaut wurden, gehalten haben, alles andere hat das Hochwasser weggerissen. Allerdings hat sich bei einer Brücke, die in den letzten Jahren erbaut wurde, das Fundament gesenkt, und die Brücke ist sozusagen zusammengesackt. Schon daraus kann man ermessen, wie stark dieses Hochwasser gewütet hat.

Hiezu kam, daß die Gebiete zum Teil völlig abgeschnitten waren, zum Beispiel Döllach. Stundenlang bestand überhaupt keine Verbindung, und man hat gar nicht gewußt, wie groß eigentlich die Katastrophe in Döllach ist. Erst als Boten über die Berge gekommen sind und berichtet haben, wie es aussieht, konnte man sich ein ungefähres Bild von der Katastrophe machen.

Dazu kam, daß nicht nur die einheimische Bevölkerung gefährdet war, sondern auch Urlauber, also Gäste, die hier ihren Urlaub verbringen wollten und von der Katastrophe überrascht worden sind. Wir müssen feststellen, daß gerade in dieser schweren Zeit alle Verantwortlichen — ob es nun Gemeinderäte, ob es Bürgermeister waren — wirklich kühlen Kopf bewahrt haben und das größte Übel verhindern konnten. Selbst die Urlauber haben mitgeholfen, Holz und Bäume zu fällen und Sandsäcke zu tragen, um das zu machen, was ein größeres Unglück verhindern konnte.

Es würde zu weit führen, wollte ich alles das schildern, was ich persönlich gesehen habe. Notwendigerweise mußten wir bestimmte Gebiete evakuieren. Die Fachleute, die dort waren, vor allem in Putschall, also zwischen Döllach und Heiligenblut, wissen, daß wir dort wahrscheinlich einige Menschen werden aussiedeln müssen, weil wir den Hang nicht werden halten können. Die Katastrophe ist derart groß geworden, daß wir es nicht riskieren können, die Menschen länger in ihren Häusern wohnen zu lassen, so bitter es auch für die Betroffenen ist. Aber es laufen bereits Verhandlungen, um in der nächsten Nachbarschaft Grundkäufe mit Hilfe der öffentlichen Hand zu tätigen, um diesen Menschen eine neue Heimstätte zu bieten. Ich würde empfehlen, sich das anzusehen, wenn Sie Gelegenheit haben sollten, einmal in dieses Gebiet zu kommen. Diese Schäden kann man nicht von heute auf morgen beheben, es wird Jahre oder Jahrzehnte dauern, und wahrscheinlich wird man einige Teile überhaupt nicht mehr so wiederherstellen können, wie es einmal gewesen ist, weil es einfach nicht verantwortet werden könnte, hier so viel Geldmittel hineinzupulvern, und weil wahrscheinlich manches nie mehr so hergestellt werden könnte, auch nicht mit sehr viel Geld.

Luptowits

Wesentlich war die Herstellung der Verbindungen zwischen den einzelnen Orten und zwischen den einzelnen Einsatzstellen. Da hat es sich herausgestellt, daß der Selbstwählverkehr kein praktisches Hilfsmittel ist, denn die Telephone waren dauernd blockiert, zum Teil von Neugierigen, die mit dem Einsatz überhaupt nichts zu tun hatten. Es war notwendig, mit Hilfe des Bundesheeres Funkstationen einzurichten, um über diese Funkbrücken die notwendigen Nachrichten weiterzugeben und die notwendigen Schritte einzuleiten, damit den Menschen geholfen werden konnte, sei es durch Versorgung mit Lebensmitteln, mit Medikamenten oder mit all dem, was sonst in dieser Situation notwendig war.

Es hat sich auch gezeigt, was es bedeutet, wenn in solchen Situationen alle Verkehrsmittel blockiert sind. Ganz zu schweigen von der Strecke Spittal—Lienz, die sofort überflutet war, waren ja auch die wichtigsten Nord-Süd-Verbindungen, war ja auch die Tauernbahn unterbrochen, weil man es nicht riskieren konnte, die Züge verkehren zu lassen. Selbstverständlich waren auch die Straßen blockiert.

Nun kurz die Schäden: Sofortmaßnahmen für Einrichtungen des öffentlichen Gutes, für Bund, Land und Gemeinden, erfordern grob gerechnet einen Aufwand von 50 Millionen Schilling. Eine Dauerlösung, einschließlich Eisenbahn und Post, wird wahrscheinlich die Höhe von 410 Millionen Schilling erreichen, wobei wir gerade bei der Eisenbahn nach Lienz sagen müssen, daß innerhalb von hundert Jahren immer wieder Katastrophen entstanden sind und daß es sich die Fachleute werden überlegen müssen, eine Lösung zu finden, die verhindert, daß in bestimmten Abständen immer und immer wieder der Damm durchbrochen wird und so stets neue Aufbaumaßnahmen getroffen werden müssen. Ob es überhaupt möglich ist, eine Sicherung, sagen wir, für die nächsten 30 Jahre durchzuführen, wage ich nicht zu behaupten, weil selbst die Meinungen der Fachleute sehr weit auseinandergehen.

Die Schätzungen über die privaten Schäden gehen weit auseinander. Eine richtige Übersicht wird wahrscheinlich nur sehr schwer möglich sein. Derzeit laufen die Erhebungen über die Landesregierung und die Bezirkshauptmannschaften mit den Bürgermeistern der betroffenen Gemeinden, und wir werden sehen, welches Ausmaß die privaten Schäden erreichen werden. Erfreulich war, daß sich die Menschen sofort an die Arbeit begeben und sofort, selbst noch in der Katastrophenzeit, versucht haben, schon am nächsten Tag den Aufbau in Angriff zu nehmen. Wir

schätzen, daß die privaten Schäden ungefähr 200 Millionen Schilling betragen, sodaß wir insgesamt mit einer Schadenssumme von 660 Millionen Schilling rechnen müssen. Das ist fürwahr eine Summe, die die Finanzkraft eines Landes, aber auch die Finanzkraft des Bundes sicherlich sehr stark in Anspruch nehmen wird. Das Gesetz, das wir heute beschließen wollen und sollen, soll ja mit dazu beitragen, einen Teil dieser Schäden abzudecken.

Nun noch kurz einige Zahlenhinweise: Rund 40 Brücken wurden weggerissen — Sie können sich also das Ausmaß dieser Katastrophe vorstellen. Zwischen dem linken und dem rechten Draufer hat wochenlang überhaupt keine Verbindung bestanden, sodaß die Post und die Nahrungsmittel zur Versorgung der Menschen mit Hubschraubern, die das einzige Verkehrsmittel waren — ein ideales Verkehrsmittel in solchen Situationen —, über die Drau gebracht werden mußten. Am schlimmsten war die Straße bei Putschall betroffen, dort hat die Straße plötzlich aufgehört, die Verbindung nach Heiligenblut war unterbrochen. Dort, wo früher die Straße verlief, ist die Möll geflossen. Die Arbeiten sind jetzt schon so weit gediehen, daß derzeit bereits eine provisorische Straßenverbindung nach Heiligenblut möglich geworden ist.

Bei den Wasserbauten schätzt man für Sofortmaßnahmen ungefähr 80 Millionen Schilling, für Dauerlösungen rund 120 Millionen Schilling. Auch das sind Zahlen, die uns wirklich erschrecken, wenn wir an sie denken. Aber wer die Draufer sieht, wer sieht, was die Drau angerichtet hat, der muß wirklich sagen: Hoffentlich kommt es in der Regenzeit im Herbst, im November, oder im nächsten Frühjahr nicht wieder zu einer Massierung von Niederschlägen. Dann würde die Katastrophe unvorstellbare Ausmaße annehmen.

Natürlich sind wir derzeit nicht in der Lage, Sofortmaßnahmen auch nur im bescheidensten Maße zu treffen, weil die Schäden in den verschiedensten Gebieten so akut sind, daß wir einfach nicht die Möglichkeit haben, sie zu beheben. Wir haben die Arbeiter nicht, die man brauchen würde, um die notwendigen Maßnahmen sofort zu treffen. Ich glaube aber, wir sollten darangehen, wirklich jene Vorkehrungen zu treffen, die nach menschlicher Voraussicht größere Katastrophen in Zukunft verhindern können.

Um nur ein praktisches Beispiel zu erzählen: Der Zirknitzbach bei Döllach, der die Katastrophe angerichtet hat, war ausgebaut, und die Fachleute haben gesagt, hier könne nichts mehr passieren. Gerade dieser Zirknitzbach war es dann, der Döllach

Luptowits

mit Schotter, Sand und Steinen zugeschüttet hat. Wieso war das möglich gewesen? Es hat sich später herausgestellt, daß weit hinten am Zirknitzbach, auf den Almgebieten, das verwitterte Gestein abgerutscht ist und sich dort gestaut hat. Dadurch wurde der Wasserdruck so gewaltig, daß er alles auf einmal heruntergerissen hat. Selbst die beste Verbauung hat nichts genützt. Sie sehen also, daß wir oftmals mit Katastrophen rechnen müssen, die wir gar nicht voraussehen können.

Die Schäden in der Landwirtschaft: 100 km Güterwege, Forstwege und Almwege müssen wiederhergestellt werden. Sie mußten provisorisch wiedererrichtet werden, weil noch das Vieh auf den Almen war und sich zum Teil noch Gäste in diesen Gebieten befanden, die zu Tal gebracht werden mußten, damit sie ihre Heimreise antreten konnten. 10.000 ha Kulturläche sind vermurt, müssen rekultiviert werden. Sie können sich also vorstellen, daß das für die nächsten Jahre eine bedeutende Arbeit notwendig machen wird. Man kann diese Schäden sofort gar nicht in Zahlen oder Geld ausdrücken. Man schätzt einen Schadholzanfall von 100.000 Festmetern.

Ich nenne diese Zahlen nur, damit Sie sich eine Vorstellung von dem Ausmaß des Schadens machen können, der allein in unserem Gebiet, das sind vornehmlich der Bezirk Spittal und der Bezirk Villach, entstanden ist. Die anderen Gebiete sind ja weniger betroffen worden.

Die gewerbliche Wirtschaft meldet, daß rund 500 Betriebe in Mitleidenschaft gezogen wurden, davon allein rund 300 in der Stadt Villach.

Auch die Eisenbahn hat bedeutende, enorme Schäden. Von Spittal bis zur Staatsgrenze sind 55 Dammunterbrechungen festzustellen. Das muß man wirklich gesehen haben, um die Kraft der Drau beurteilen zu können. Wie sie gewütet hat, möchte ich fast sagen, ist unvorstellbar!

Daß auch die Post bedeutende Schäden aufzuweisen hat, ist selbstverständlich, das hängt ja alles damit zusammen. Aber ich muß sagen, daß die Post ausgezeichnet gearbeitet hat und in kürzester Zeit die Verbindungen wiederhergestellt hat. Sie können sich ja vorstellen, daß die Gäste aus den einzelnen Ländern Europas ihre Verwandten und Bekannten natürlich gleich davon verständigen wollten, daß ihnen nichts passiert ist. Es war also notwendig, das Fernmeldenetz soweit wie möglich sofort wieder instandzusetzen.

Viele namenlose Helfer, vor allem auch das Bundesheer, die Gendarmerie, die Straßengewach, die Straßenbauämter, Bahn und Post sowie das Rote Kreuz, ganz gleich aus welcher Bevölkerungsschicht diese Leute gekommen

sind, haben sich bemüht zu helfen, und sie helfen auch heute noch. Es gibt Vereinigungen, die sich zu den Wochenenden aufmachen, um in den bedrohten Gebieten zu helfen, den Schotter, den Sand und die Steine wegzuräumen.

Die Städte Wien und Graz haben kostenlos Geräte zur Verfügung gestellt, um diese Schäden, die man mit der Schaufel gar nicht mehr bewältigen kann — hunderttausende Kubikmeter Schotter, Sand und Steine kann man eben nicht mit der Hand wegschaffen —, beseitigen zu helfen.

Ich muß hier im Namen des Landes dem Bund danken, daß er sofort, als wir um Hilfe gerufen haben, bereit war, uns zu helfen. Wir hoffen, daß auch in den zukünftigen Tagen — die Not ist ja nur vorübergehend gelindert worden, es gibt noch viele Sorgen und Nöte — besonders durch die Maßnahmen, die wir heute beschließen sollen, den betroffenen Gebieten bei der Wiedergutmachung der Schäden zum Teil Hilfe geleistet werden kann. (*Bundesrat Krainer: Der Herr Vizekanzler soll sich ein bißchen beeilen!*)

Ich möchte hier nicht polemisch werden und möchte jetzt zu diesem Problem überhaupt nicht Stellung nehmen. Ich habe im Einvernehmen mit Herren Ihrer Partei versprochen, daß ich diese Dinge hier nicht polemisch beleuchten werde, weil über diese Angelegenheit noch verhandelt wird. Ich glaube, man soll sich, solange darüber verhandelt wird, nicht dazu äußern.

Wir haben die Konsequenzen aus dieser Katastrophe gezogen. Wir haben zentrale Einsatzstellen auf Bundesebene, aber auch in den Ländern geschaffen. Wenn wir alle unsere Kräfte, auch die finanziellen Kräfte, mobilisieren werden können, dann glaube ich, daß wir alles getan haben und auch in Zukunft tun werden, um solche Katastrophen zumindest zu mildern, wenn wir sie schon nicht verhindern können. (*Allgemeiner Beifall.*)

Vorsitzender: Der Herr Finanzminister Doktor Schmitz hat sich entschuldigt.

Zum Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Salcher. Ich bitte ihn.

Bundesrat Salcher (ÖVP): Hoher Bundesrat! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Angesichts der großen Schäden, die im heurigen Jahr durch die Hochwasserkatastrophen eingetreten sind, insbesondere durch die letzten am Anfang dieses Monats in Kärnten und Tirol, ist es wohl angebracht, daß sowohl der Nationalrat als auch der Bundesrat die Sommerferien zu einer Sondersitzung unterbrochen haben, um einen diesbezüglichen Bericht entgegenzunehmen und Erwägungen zu tref-

5744

Bundesrat — 233. Sitzung — 24. September 1965

Salcher

fen, was in Zukunft und auch im Augenblick zu tun sei.

Wir haben heute ein Gesetz zur Beratung und Beschlußfassung hier, das zunächst einmal vorsieht, wie man die vorhandenen Mittel verteilen soll, um diese Schäden zu beseitigen, und wie man in der Zukunft die Verteilung vorzunehmen hätte. Ob dieses Gesetz, das wir hier beraten, hinreicht, bleibe dahingestellt. Wir wissen, daß die Regierung in Beratungen steht, um für die Zukunft entsprechend schnell Mittel aufzubringen und bereitzustellen, die notwendig sein werden, um die sehr hohen Schäden — man braucht hier allerdings nicht zu übertreiben — wiedergutzumachen.

Zunächst einmal ist sofortige Hilfe für die unmittelbar betroffenen Menschen notwendig gewesen. Hier konnte durch Notopfer und Spenden der Bevölkerung geholfen und dem größten Übel doch schon weitgehend begegnet werden.

Weiters verlangt und erwartet die Bevölkerung von uns — nicht nur die Betroffenen, sondern auch andere, die helfen wollen —, daß man, soweit von der öffentlichen Hand her geholfen werden soll, zunächst die Wiederinstandsetzung der Verkehrswege, der Eisenbahnen, der Brücken und dann der Wohnungen in Angriff nimmt. Viele Wohnungen sind ja schwer beschädigt worden oder können überhaupt nicht mehr instandgesetzt werden. Ich verweise auch auf die Betriebe des kleinen Gewerbes, auf die Industriebetriebe, ganz gleich, ob es sich um private oder öffentliche Betriebe handelt, und auch auf Bergbaubetriebe, die ja heuer auch von Katastrophen betroffen wurden. Alle diese Betriebe müssen wieder instandgesetzt werden, damit sie ihrer Produktion nachkommen können. Nicht zuletzt erwähne ich auch die Landwirtschaft. Dieser Betriebszweig muß wie jeder andere Betriebszweig ein Anliegen des gesamten Volkes sein. Wenn einer dieser Betriebe — egal ob es ein Bergbau-, ein industrieller oder ein landwirtschaftlicher Betrieb ist — den Anforderungen nicht nachkommen kann, dann erleiden nicht nur die Besitzer dieses Betriebes oder der betreffende Stand, sondern der ganze Staat Schaden. Daher sollen wir hier objektiv genug denken und sagen: Überall, wo Schäden im Volk entstehen, sind das Schäden für die Gesamtheit. In diesem Sinne sollen auch die zukünftigen Maßnahmen beraten und auch eingesetzt werden. Wenn es Menschen betrifft, soll man nicht fragen: Wer ist dein Nächster? Jeder Betrieb und letzten Endes auch sein Erträgnis gehören in Wirklichkeit uns allen.

Ich möchte mich jetzt nicht mit den vielen Schäden, die entstanden sind, detailliert beschäftigen. Wir haben dies zunächst durch den

Rundfunk in den Katastrophentagen ständig hinreichend zu Gehör bekommen. Wir haben es dann in der Presse gelesen und auch einen objektiven und ausführlichen Bericht des Bundeskanzlers im Nationalrat bekommen.

Aber es wäre vielleicht doch wertvoll, ein bißchen das tapfere Verhalten der Betroffenen und jener, die helfen wollen, zu betrachten. Ich selbst war in diesen Tagen in Oberkärnten — Kärnten ist ja mein Heimatgebiet —, wo diese Katastrophe besonders stark eingesetzt hat. Osttirol grenzt ja an Oberkärnten. Am 1. September war ich beruflich im Mölltal, habe in Lienz übernachtet und war am zweiten Tag im Drautal bis in den Villacher Raum herunter tätig. Ich habe damals gesehen, wie es den ganzen Tag, die ganze Nacht vorher und am folgenden Tag ununterbrochen gleichmäßig geregnet hat. Ich habe gesehen, wie rasch die Flüsse, besonders die Drau, am Abend aber auch die Gail, angestiegen sind. Die dortige Bevölkerung hat erwartet, daß es zweifellos zu größeren Überschwemmungen kommen muß, aber daß sie ein solches Ausmaß annehmen werden, konnte eigentlich niemand ahnen. Es gibt wohl fast alle zehn Jahre Überschwemmungen im Drautal, aber so große Überschwemmungen hat es nicht einmal im Jahre 1903 gegeben. Villach hat eine Station, die seit Jahrzehnten dort den Wasserstand registriert. Wir haben danach nicht einmal im Jahre 1903 eine so große Überschwemmungskatastrophe gehabt.

Ich muß sagen: Die betroffene Bevölkerung hat sich sehr tapfer verhalten. Über Nacht sind ganze Siedlungen, zum Beispiel im Drautal bei Molzbichl, Siedlungen, die von fleißigen Arbeitern und Angestellten durch eigene Leistungen erbaut waren, bis zum ersten Stock unter Wasser gesetzt worden. Die Leute konnten nicht einmal mehr fliehen. Es gab vielfach keine Stromversorgung, kein brauchbares Wasser, keinen trockenen Brennstoff zum Heizen. Die Betroffenen wußten nicht, wie es mit der Außenwelt steht. Das waren zweifelsohne sehr bittere Stunden für diese Menschen, für diese Familien. Und wenn man sie nachher gefragt hat, wie es ihnen geht, dann meinten sie: Es hätte noch schlimmer sein können — Gott sei Dank sind wir mit dem Leben und mit der Gesundheit davongekommen, und es wird schon wieder gehen!

Wir sehen also, daß die Menschen selber bereit sind, Opfer zu bringen, und selbst Hand anlegen. Die Nachbarschaftshilfe, die in diesen Gegenden sofort einsetzte, muß lobend hervorgehoben werden, ebenso der sofortige Einsatz vieler freiwilliger Helfer und der Feuerwehren, die Tag und Nacht dauernd hilfsbereit in nassen Kleidern zur Verfügung

Salcher

gestanden sind. Ich verweise auch auf die große Zahl der Soldaten, die besonders tapfer ausgehalten haben. Man muß sagen: Es ist erfreulich, daß in solchen Fällen die Jugend doch jenen Idealismus an den Tag legt und sagt: Wir bedauern die Verlängerung der Dienstzeit für diesen Zweck nicht.

Sie sehen also, wenn wir richtig Einfluß nehmen, dann sind genug Idealismus und Hilfsbereitschaft in unserem Volke vorhanden. Wir Volksvertreter müssen mit einem entsprechend guten Beispiel vorangehen. Wir finden dann Verständnis in der Bevölkerung.

Ich möchte sagen, daß in diesem Zusammenhang freilich auch Kritik daran geübt worden ist, daß nicht entsprechende Vorsorge getroffen wurde, daß nicht schon jetzt genügend Geldmittel bereitstehen, daß man jetzt erst lange und schwierige Beratungen darüber anstellen muß, wie wir die Mittel von der öffentlichen Hand her aufbringen. Hier müssen wir uns wohl alle selber in unser Schuldbuch schreiben und sagen: Seit 1945 haben wir in Österreich das Glück, daß wir eigentlich keine besonders großen Katastrophen zu erleben brauchten. Was im heurigen Jahr noch passieren wird, wissen wir nicht; es liegen noch zwei sehr hochwassergefährliche Monate, das sind der Oktober und der November, wie bekannt ist, vor uns. Aber wir haben all die Jahre eigentlich ohne schwere Katastrophen erleben dürfen: kein Erdbeben, wie etwa in Jugoslawien, keine Krankheitsepidemien oder Katastrophen sonstiger Art, die uns arg zu schaffen gemacht hätten. Denken wir an die beiden großen Krankheits- und Epidemiekatastrophen nach dem ersten Weltkrieg, die mehr Menschenleben gekostet haben als der erste Weltkrieg selber! Wie arg wären in einem solchen Fall unsere Sozialversicherungsinstitute und andere Institutionen in Mitleidenschaft gezogen worden!

Wenn wir all das jetzt betrachten, dann verstehen wir vielleicht, daß wir doch ein bißchen zu leichtsinnig waren und daß wir das Budget wegen anderer Sachen immer überfordert haben. Man hat dem Finanzminister, wer immer es war — das ist kein Politikum, was ich jetzt sage, sondern wir alle sind daran schuld —, nicht die Möglichkeit gegeben, jedes Jahr einen bestimmten Betrag für solche Eventualfälle zur Seite zu legen. Jetzt beraten wir darüber, wie wir die Mittel für die Zukunft aufbringen werden. Ich möchte auch nicht den Verhandlungen, die derzeit laufen, vorgreifen, aber eines kann ich versichern: Die ganze österreichische Bevölkerung — bis zum letzten Arbeiter! — ist bereit, die Mittel direkt, nicht nur indirekt, durch irgendwelche Steuern aufzubringen. Sie muß aber wissen,

daß die Mittel, die gebraucht werden, gerecht verteilt werden. Wir brauchen daher nicht Sorge zu haben, daß wir dafür kein Verständnis finden.

Ich war ergriffen, als einer von den schwer Betroffenen gesagt hat: Seien wir froh, daß wir in Kärnten und in Osttirol nur ein Dutzend Tote gehabt haben. In Jugoslawien gab es bei dem Katastrophenfall in Skopje tausende Tote, und in Longarone bei dem Dammbruch gab es 4000 Tote. Viele Menschenleben haben wir Gott sei Dank nicht zu beklagen. Hoffen wir, daß uns nicht auch solche Katastrophen treffen. Dann werden wir bei guter Zusammenarbeit auch in Zukunft derartige Probleme leicht bewältigen können. *(Beifall bei der ÖVP und bei Bundesräten der SPÖ.)*

Vorsitzender: Zum Wort gemeldet ist die Frau Bundesrat Hagleitner. Ich erteile ihr das Wort.

Bundesrat Maria Hagleitner (SPÖ): Hohes Haus! Sehr geschätzte Damen und Herren! Zweimal ist im Jahre 1965 über das Land Tirol eine im bisherigen Ausmaß unbekannt Wasserkatastrophe hereingebrochen. Die furchtbare Wasserflut hat Städten, Dörfern, großen Flächen kostbaren Ackergutes und Wäldern schwersten Schaden zugefügt.

Besonders tragisch war, daß diese Hochwasserkatastrophe menschliche Opfer forderte. Männer, Frauen und Kinder wurden unter den herabstürzenden Steinlawinen begraben und andere von den entfesselten Fluten hinweggerissen. Erlauben Sie mir, sehr geschätzte Damen und Herren, daß ich den Angehörigen dieser so tragisch ums Leben gekommenen Menschen in unser aller Namen unser aufrichtiges Mitgefühl ausspreche.

Im Frühsommer war Ursache der Hochwasserkatastrophe die rasche Schneeschmelze, die den Inn aus dem Ufer treten ließ und weite Gebiete des Unterinntales zu einem See staute. Nach den bisherigen Schätzungen beläuft sich der Privatschaden dieser Hochwasserkatastrophe im Frühjahr auf 200 Millionen Schilling.

Im Spätsommer waren es die Niederschläge, die in unmittelbarer Folge und auf relativ engstem Raum die gewaltigen und gewalttätigen Wassermassen in Bewegung setzten. Überall in den gefährdeten Gebieten mußte Großalarm gegeben werden. Der Eisenbahnverkehr in Osttirol wurde total lahmgelegt, ebenso der Straßenverkehr, denn Eisenbahn- und Straßendämme wurden weggeschwemmt. Das Licht fiel aus, die Telephonverbindungen wurden unterbrochen, und Osttirol war zum größten Teil von der Umwelt isoliert.

Maria Hagleitner

Wohn- und Siedlungshäuser und Bauernhäuser wurden weggerissen, und Menschen, die Jahrzehnte hindurch fleißig und hart gearbeitet und sich Eigentum erarbeitet hatten, standen vor dem Nichts. Ganz besonders tragisch trifft es wieder die Frauen, die Mütter, die ja sehr schwer über dieses Leid und über diesen Schmerz hinwegkommen.

Bewundernswert waren in diesen tragischen Stunden und Tagen der Mut und die Einsatzbereitschaft der Bevölkerung. Freiwillige Helfer, Feuerwehrleute, Männer des Roten Kreuzes, Eisenbahner und viele andere, ja sogar Urlauber arbeiteten aktiv mit, um Ärgstes abzuwehren ober und die Verkehrswege wieder raschest instandzusetzen. Darum soll auch von dieser Stelle aus allen aufrichtig Dank ausgesprochen werden. Dem Bundesheer und der Exekutive muß ebenfalls großer Dank ausgedrückt werden, denn ohne diesen Einsatz wären Folgen entstanden, deren Ausmaß und deren Auswirkungen man einfach nicht hätte abschätzen können.

Die Heimsuchung Tirols im Jahre 1965 war wahrlich sehr groß. Jetzt aber gilt es, die geschlagenen Wunden so rasch und so unkompliziert wie möglich zu heilen. Die Wunden sind tief und umfassend. Ich will nicht die bisher geschätzten Schadenssummen im einzelnen aufzählen, sie sind ja allseits bekannt. Sicherlich werden sie sich nach genauer Prüfung und Überprüfung noch erhöhen, und wir werden uns bemühen müssen, die Schäden zu beseitigen, soweit dies menschlich überhaupt möglich ist.

Man mag die eine oder die andere Schadenssumme bestreiten oder bezweifeln, aber eines kann und muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden: Wer den angerichteten Schaden gesehen hat, der steht fassungslos, und man glaubt gar nicht, daß dieser Schaden je einmal beseitigt werden kann. Man steht — ich möchte es so vergleichen — wie während des Krieges vor großen Bombentrichtern. Diesmal aber sind es Krater, die das Wasser ausgefressen hat. Wo einmal eine Eisenbahnlinie war, wo einmal eine Straße war, da sind heute Krater mit einer Tiefe von 10 m.

Wenn man aber die Frage, ob die Schäden jemals behoben werden können, mit Ja beantwortet, dann kommt man zu dem Schluß, daß es große Geldmittel erfordern wird. Es ist gar nicht möglich, die Verwüstungen sofort zu beseitigen. Die reißenden Wildwasser, die von den Berghängen herunterstürzten, und die abgegangenen Muren haben zahlreiche bäuerliche Anwesen vernichtet und viele Menschen in ihrer Existenz gefährdet. Mancher Talboden ist total vermurt, und es wird wahrscheinlich aus verschiedenen Grün-

den nie mehr möglich sein, die ungeheuren Schuttmassen zu entfernen. Es gibt Muren, die eine Höhe von 8 bis 12 m erreicht haben, und dies oft in sehr unzugänglichen Gegenden. Straßenstücke haben sich total vom Hang gelöst, und übriggeblieben ist der nackte Fels. Die Straßen werden beim Neubau in den Fels gesprengt werden müssen. Dies wird den Neubau der Straßen wesentlich verteuern und in die Länge ziehen.

Wo eine Entfernung des Schotters möglich ist, muß dies rasch und umfassend geschehen, denn der Ackerboden und der Wiesengrund sind die Lebensgrundlage der bäuerlichen Bevölkerung und letzten Endes von uns allen. Wir müssen doch verhindern, daß in Gegenden, die von Menschen bewohnt sind, eine Verkarstung eintritt und diese Gegenden damit unbrauchbar werden. Daß dies alles viel Geld kosten wird, darüber müssen wir uns alle im klaren sein. Es darf jedoch kein Aufwand gescheut werden, um Land zu erhalten und zu sichern.

Die zu leistenden Arbeiten müssen unter dem Gesichtswinkel getan werden, die bei dieser Hochwasserkatastrophe gesammelten Erfahrungen bei den durchzuführenden Baumaßnahmen unbedingt zu berücksichtigen, damit sich eine solche Katastrophe nicht wiederholt. Dies ist besonders notwendig beim Straßenbau. Die Planung und Durchführung des Neubaus von Straßen muß so erfolgen, daß es nach menschlichem Ermessen nicht mehr möglich ist, daß durch ein Hochwasser Straßen, Dämme und Brücken weggerissen werden und damit Ortschaften, ja ganze Talchaften wochenlang von jeder Verbindung mit der Umwelt abgeschlossen sind.

Katastrophen dieses Ausmaßes wie in Tirol, aber auch in anderen Bundesländern bedürfen einer gezielten Gemeinschaftshilfe. Die Bundesregierung hat zweimal die Bevölkerung Österreichs aufgerufen, den Opfern der Flutkatastrophe zu helfen. Die Tiroler Landesregierung hat gleichfalls im speziellen die Bevölkerung Tirols zu einer Spendenaktion aufgerufen. Angesichts dieser außerordentlichen Katastrophe wurden in Tirol 12 Millionen Schilling an Spenden eingezahlt, wahrlich eine nationale Solidaritätsaktion für die vielen Hilfsbedürftigen. Die Erfahrung hat uns aber gezeigt, daß die Hauptleidtragenden bei solchen Katastrophen die Bergbauern, die Siedler, die vielen Mieter und zum Teil die Hotellerie und die Gastwirte in den Nebentälern der Alpen sind. Die Betroffenen werden niemals aus eigener Kraft imstande sein, die entstandenen Schäden gutzumachen. Darum gilt es, diesen Betroffenen rasch und wirksam zu helfen.

Maria Hagleitner

Dank des großen und sehr intensiv durchgeführten pausenlosen Einsatzes aller verfügbaren menschlichen Kräfte und des Maschineneinsatzes ist es gelungen, die Straßenverbindungen mit den verschiedenen Talschaften wiederherzustellen. Damit kann die Versorgung wieder zu Lande durchgeführt werden.

In der straßenlosen Zeit haben die Hubschrauberstaffeln des Bundesheeres wahrlich Bewundernswertes geleistet. Sie haben ihre erste große, außerordentlich schwierige Bewährungsprobe großartig bestanden. Sie haben entscheidend mitgeholfen, in schwerer Zeit in abgeschlossenen Talschaften ein halbwegs normales Leben aufrechtzuerhalten. Sie stellten die Verbindung her, und darum, glaube ich, müssen wir vom Lande Tirol aus gesehen diesen einsatzbereiten Männern des Bundesheeres unseren Dank aussprechen.

Welche Konsequenzen haben wir nun zu ziehen? Tun wir alles, um die Schäden der Vergangenheit zu mindern und Schäden in der Zukunft zu verhindern. Sorgen wir alle dafür, daß der notwendige Schutz des von der Bevölkerung erarbeiteten und ersparten Eigentums und damit ein entscheidender Bestandteil der Existenz der Bevölkerung durch zukunftsbeständige Maßnahmen gesichert werden. Mit dem in Behandlung stehenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates, dem wir Sozialisten die Zustimmung geben, erfolgt der erste Schritt zur teilweisen — ich sage nochmals: zur teilweisen — Behebung der durch die Unwetterkatastrophen entstandenen Schäden. Wir alle sind uns aber sicher, daß weitere Schritte folgen werden, ja folgen müssen.

Ich erlaube mir nun nochmals abschließend von dieser Stelle aus allen freiwilligen Spendern im Lande Tirol, in Österreich und darüber hinaus den herzlichsten Dank für diese Solidaritätsaktion auszusprechen. Die freiwilligen Spenden wurden nicht als Opfer betrachtet; daß sie gegeben wurden, bedeutet einen Akt der Menschlichkeit. *(Beifall bei der SPÖ und bei Bundesräten der ÖVP.)*

Vorsitzender: Zum Wort hat sich Herr Bundesrat Ing. Guglberger gemeldet. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Ing. Guglberger (ÖVP): Hohes Haus! Eine Naturkatastrophe von bisher nicht vorstellbarem Ausmaß ist über unser Land in diesem Sommer hereingebrochen. Starke Regenfälle verbunden mit Schneeschmelze in allen Teilen unseres Landes haben zu schweren Hochwasserschäden geführt: zuerst das Überfluten der Donau, schon glaubten wir in den Alpenländern vom Hochwasser verschont zu bleiben, als auch bei uns der langanhaltende

Regen die Bäche zu reißenden Fluten werden ließ.

Nach den Regenfällen ging ein sintflutartiger Regen nieder, der innerhalb von 24 Stunden 147 mm Wasser brachte und ein Hochwasser auslöste, das die Überschwemmungen von 1882 übertraf, ein Hochwasser, wie es nur alle tausend Jahre auftritt.

In Nordtirol hatten die bis in die hohen Kammlagen der Gebirge reichenden Gewitterregen vom 21. und 22. Juni 1965 sowie die nachfolgenden Wärmegewitter mit dem gleichzeitig erfolgten raschen Temperaturanstieg bis in die vergletscherten Einzugsgebiete des Inns und seiner Zubringer zu katastrophalen Hochwasserabflüssen geführt. Bemerkenswert ist hierbei, daß durch die Hochwässer zumeist große Geschiebemassen in Bewegung gesetzt wurden, die in den gefällsarmen Mündungsbereichen der Bäche und Flüsse außergewöhnliche Sohlenanhebungen verursachten und schließlich Überflutungen des Talbodens in riesigem Ausmaß zur Folge hatten. Dammbrüche, Überflutungen, Vermurungen, Zerstörung von Schutzbauten, Wohnhäusern, Straßen, Brücken, Durchbrüche des Bahndammes, Bachverwerfungen traten auf. Beispielsweise grub sich die Isel in der Ortschaft Huben in Osttirol zwischen Kirche und Wohnhäusern ein neues Bett. Überflutung von Industriegelände, Unterbrechung aller Verkehrsmittel und Fernspreverbindungen im Bezirk Osttirol erbrachten einen Schaden, der bis heute in den Einzelheiten noch nicht erfaßt ist.

Im Defereggental türmt sich eine Wüste von zimmergroßen Felsblöcken, Baumstämmen auf, die wie eine urweltliche Kraterlandschaft anmutet. Bei Besichtigung dieses Tales erklärte der Baubezirksamtsleiter: Man weiß nicht mehr, in welcher Gegend man ist, sie hat überhaupt keine Ähnlichkeit mehr mit dem früheren Tal. Dies ist ein Ereignis, wie es noch nie vermerkt werden konnte.

Die freigelegten Steinblöcke, seit der Eiszeit von fruchtbarem Erdreich überlagert, übersäen jetzt die ganze Talbreite und verhindern auf Jahrzehnte jeglichen Anbau von ökonomischer Nutzung. Kein Meter Straße hat die Katastrophe überdauert.

Das gesamte Inntal von Jenbach bis Wörgl war überflutet; es ist damit ein Ernteausfall von mindestens zwei Jahren verbunden.

In Osttirol sind alle großen Kulturfleichen an der Drau und Isel überschwemmt und vermurt worden. In Pettneu am Arlberg haben 400.000 m³ Gestein und Schotter Wohnhäuser und Straßen niedergewalzt und weggerissen, in Unterperfuß bei Innsbruck wurde das Bahngelände unterspült, der Bahnverkehr unterbrochen und damit ein Ausfall von

Ing. Guglberger

200.000 S täglich verursacht. Die bedauerlichsten und unersetzlichsten Schäden sind die elf toten Mitbürger, unter denen sich eine Mutter mit neun unversorgten Kindern befunden hat.

Jene Orte, deren Bäche reguliert sind, blieben — das möchte ich zum Unterschied vom Vorredner aus Kärnten sagen — von größeren Schäden verschont, wie unsere Beamtenschaft des Baubezirksamtes feststellte.

Der Wasserbau wurde in den letzten Jahren zuwenig beachtet. Für die Drau unterhalb von Lienz war ein Projekt vorhanden, wurde aber nicht ausgeführt. Der jetzige Schaden stellt ein Vielfaches der Kosten der geplanten Regulierungen dar.

Als Sofortmaßnahmen wurden nun Hilfeleistungen eingeleitet. Bundesheer, Freiwillige Feuerwehr, freiwillige Helfer, Landes- und Bundesbehörden arbeiteten im fieberhaften Einsatz, um eine notdürftige Verkehrsverbindung zu schaffen, die Stromversorgung und die Nachrichtenleitungen wiederaufzubauen. Sogar Urlauber aus dem Ausland stellten sich in die Reihen der freiwilligen Helfer. Pioniere des Bundesheeres bauten eine Brücke über die Isel, andere Einheiten verlegten 32 t Feldkabel, Funker des Bundesheeres wurden mit Hubschraubern ins Kalsertal, Defereggen- und Villgratental eingeflogen und brachten den total von der Umwelt abgeschnittenen Seitentälern die erste Verbindung. Ich möchte dabei bemerken, daß die Postverwaltung vor zehn Jahren schon Funkgeräte in diese Gebiete gebracht hat und dieses Funknetz funktionierte. Ich möchte feststellen, daß die Einrichtungen, die fernmeldetechnischen Einrichtungen in den Wählämtern überhaupt kaum berührt wurden. Es sind nur die Freileitungen hinweggespült worden beziehungsweise ein Kabel, sodaß man feststellen konnte, daß die Wählämter erhalten und verschont geblieben sind.

Allen Bekannten und Unbekannten, die sich als Helfer bei der Beseitigung der Schäden beteiligten, sei unser Dank ausgesprochen.

Nun zu den Schäden selbst: Sie sind für das ganze Bundesgebiet bei der letzten Nationalratssitzung vom Herrn Bundeskanzler genannt worden. Die bis jetzt festgestellten Privatschäden betragen insgesamt 1178 Millionen Schilling. In Tirol sind durch die Hochwasserkatastrophe an Privatschäden 202 Millionen Schilling, Landesstraßen und Konkurrenzbauten 138 Millionen Schilling, Bundesstraßen 60 Millionen Schilling, Bundesgewässer 211 Millionen Schilling und Wildbachverbauung 195 Millionen Schilling, insgesamt 806 Millionen Schilling Schaden entstanden. Hier ist Hilfe dringend notwendig. Der Auf-

ruf an die Öffentlichkeit hat in Tirol bisher 12 Millionen Schilling erbracht, das Land stellte 40 Millionen Schilling zur Verfügung.

Tirol und besonders Osttirol ist wirtschaftlich ein vom Fremdenverkehr abhängiges Land. Es muß daher getrachtet werden, die Schäden möglichst bald zu beheben, um einen Ausfall im Tiroler Fremdenverkehr zu verhindern. Die Durchführung der Schadenserhebung wurde objektiv, sei es für den Bauern, Angestellten, Gewerbetreibenden oder Arbeiter, durchgeführt und von einer Kommission überprüft.

Das vorliegende Gesetz soll nun mithelfen, wenigstens einen Teil der Privatschäden gutzumachen. Festgestellt muß hier werden, daß die betroffenen Länder trotz größter Anstrengungen nicht in der Lage sind, die in ihrem Vermögen entstandenen Schäden aus eigenem zu decken. Dasselbe gilt natürlich für die Gemeinden.

Ein Notopfer der ganzen Bevölkerung zur Behebung der Schäden wird die Solidarität aller finden, um den schwerkgeprüften Mitbürgern zu helfen. Das Notopfer darf aber nicht für parteipolitische Aspekte ausgewertet werden. Wie immer die Verhandlungen über das Notopfer ausgehen: Wir fordern, daß rasch gegeben wird, denn wer schnell gibt, gibt doppelt!

Die Österreichische Volkspartei gibt der Gesetzesvorlage ihre Zustimmung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Ing. Wagner. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Ing. Wagner (SPÖ): Hohes Haus! Das Burgenland war eines der ersten Bundesländer, die bereits mit Frühjahrsanfang von einem Katastrophenhochwasser heimgesucht wurden. Das Hochwasser war das größte seit fünfzig Jahren. Nur die ältesten Burgenländer können sich an ein Hochwasser ähnlichen Ausmaßes erinnern. Es wurden Wiesen, Felder und Häuser überflutet. Der Wasserspiegel des Neusiedler Sees erreichte einen seit fünfzig Jahren nicht mehr beobachteten Höchststand. Der Grundwasserspiegel erhöhte sich derart, daß unzählige Keller unter Wasser gesetzt wurden. Dutzende von Brücken wurden entweder ganz weggerissen oder stark beschädigt. Straßen und Bahnlinien wurden unpassierbar gemacht. Die Landwirtschaft konnte die Felder nicht rechtzeitig bestellen. Hunderte von Erdrutschen behindern den Verkehr. Die Bundesbahnstrecke Großpetersdorf—Rechnitz ist wegen eines großen Erdrutsches, der infolge des Hochwassers und der übermäßigen Niederschläge entstand, noch immer unterbrochen, der Transport muß

Ing. Wagner

mit Autobussen und Lastwagen abgewickelt werden.

Die Hoffnung, daß das erste, ganz große Hochwasser ein Einzelfall bleiben werde, hat sich leider nicht erfüllt. Die Wiederherstellung einer weggeschwemmten Brücke bei Burg mußte wegen nachfolgender weiterer Hochwässer fünfmal unterbrochen werden. Die Lafnitzbrücke bei Königsdorf mußte von den Pionieren des Bundesheeres zweimal gebaut werden, weil sich das Flußbett der Lafnitz im Laufe des Sommers auf die doppelte Breite vergrößerte. Häuser mußten geräumt werden, weil sie entweder einsturzgefährdet waren oder tatsächlich einstürzten.

Die dringendsten Schäden sind seither bis auf einige Verkehrsumleitungen provisorisch behoben worden. Die teuren und arbeitsintensiven Instandsetzungen und Wiederherstellungen der Schäden stehen aber leider noch aus. Die Bewältigung dieser Arbeiten und die Beschaffung der erforderlichen finanziellen Mittel übersteigt bei weitem die Leistungsfähigkeit des Burgenlandes. Das Burgenland dankt deshalb für die Bestimmung des Gesetzes, daß der Bund auch für das Burgenland den doppelten Betrag des Aufwandes des Landes als Bundeshilfe vorsieht.

Auch das Burgenland dankt für die bisher erwiesene Hilfsbereitschaft und den tatkräftigen Einsatz dem Bundesheer, dem Personal der

Wasserbauämter, der Bundesbahn, der Straßenverwaltung, der Elektrizitätsgesellschaften, des Nachrichtenwesens und den Bergarbeitern, besonders aber den Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr und allen übrigen freiwilligen Helfern.

Ich möchte schließlich nur noch den Wunsch äußern, daß die Vollziehung des Gesetzes so rasch wie möglich erfolgt, denn die vielen kleinen Geschädigten warten schon sehr auf die versprochene Hilfe. Die verhältnismäßig unzureichende Hilfe soll nach sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten gerecht und schnell verteilt werden.

Ich schließe mich der Meinung meines Vorredners an und betone, daß doppelt hilft, wer schnell hilft. (*Allgemeiner Beifall.*)

Vorsitzender: Zu Wort hat sich niemand mehr gemeldet. Wünscht der Herr Berichterstatter ein Schlußwort? — Er verzichtet. Wir schreiten zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung beschließt der Bundesrat, gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

Vorsitzender: Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung des Bundesrates wird auf schriftlichem Wege einberufen werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 15 Uhr 5 Minuten